

Bachelor-Feier Universität Basel, Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Liebe Bachelors of Science

Liebe Angehörige

Sehr geehrte Damen und Herren

Heute schliessen Sie eine wichtige Etappe Ihres Lebens, Ihrer Ausbildung ab. Sie sind jetzt vollwertige Mitglieder der Wissenschaftsgemeinde. Einerseits und vor allem dank Ihrer eigenen Anstrengungen, andererseits aber auch dank der Unterstützung, die Sie von Ihren Freundinnen und Freunden, Ihren Verwandten und Ihren Partnerinnen und Partnern erhalten haben. Ihnen, liebe Bachelors, will ich herzlich gratulieren und Ihnen, liebe Angehörige, herzlich danken. Doch mein Dank und meine Anerkennung gelten auch anderen, all denjenigen, die den Wissenschafts- und Bildungsstandort Schweiz fördern und ihm Leben einhauchen, seien das Professoren und Lehrer auf allen Stufen, die Wirtschaft oder auch die Politik.

„Der aufregendste Satz, den man in der Wissenschaft hören kann, der Satz, der neue Entdeckungen ankündigt, ist nicht das griechische Heureka (ich hab's gefunden), sondern „Das ist komisch...“ - so äusserte sich der Schriftsteller und Wissenschaftler Isaac Asimov zum Wesen der Forschung. Obschon ich nicht Naturwissenschaftler und nicht Forscher bin, sondern mich bevorzugt mit Jurisprudenz und Politik beschäftige, leuchtet mir dieser Satz ein, ja mir gefällt seine Aussage.

Wissenschaft ist die Kunst des Fragens und des Hinterfragens, nicht die Kunst des Wissens. Sie schafft das Wissen ja erst.

Wissenschaft ist die Gabe zu zweifeln und nicht alles so zu akzeptieren, wie es offensichtlich zu sein scheint.

Wissenschaft ist der Glaube, dass auch scheinbar Unbegreifliches begreiflich sein könnte.

Wissenschaft ist eine nie enden wollende, aber immer wieder faszinierende Suche.

Wissenschaft und insbesondere die Naturwissenschaften haben von Galilei über Newton und Darwin bis hin zu Einstein eine Tradition, die weit über das Naturwissenschaftliche im engeren Sinn hinausgeht. Die Naturwissenschaften waren immer eng mit der Philosophie verbunden und waren und sind letztlich auch Ausdruck von Weltanschauung und Kultur. So gesehen ist Wissenschaft nicht gleichzusetzen mit Technik, auch wenn beide Bereiche durchaus eng miteinander verbunden sind und das auch sein sollen. Doch die Wissenschaften sind nicht ausschliesslich Nutzen orientiert, sondern sind, wie erwähnt, geboren aus der Freude an der Suche, aus der Faszination für das vermeintlich Unbegreifliche, aus der Lust an Erkenntnis, aus dem Willen, die Menschheit weiterzuentwickeln. Das ist die Schönheit der Wissenschaft.

Doch Wissenschaft und gerade Ihre Fachbereiche, meine Damen und Herren, haben natürlich auch einen ungemein wichtigen utilitaristischen Aspekt. Sie sollen ihn haben, sie müssen ihn haben. Die Schweiz, unser Land, leidet gerade im Bildungswesen gelegentlich darunter, dass der Aspekt des Nutzens etwas zu kurz kommt, eine Denkweise, die uns künftig in arge Bedrängnis bringen könnte. Denn die Welt wartet nicht auf uns.

Es gibt Forschungs- und Technologiestandorte, an denen auf Teufel komm raus, rein Nutzen orientiert geforscht und entwickelt wird; Standorte, die heiss hungrig auf Erfolge sind; Ausbildungs- und Forschungsstätten, die immense Summen in möglichst praxisbezogene Projekte investieren.

Es wäre falsch, nun einfach das Gleiche zu tun. Wir haben eine wertvolle wissenschaftsgeschichtliche und kulturgeschichtliche Tradition. Eben die Tradition des Suchens, des Zweifelns, des Fragens und des Hinterfragens. Es ist eine vorsichtige, pragmatische und vernünftige Tradition – eben die erwähnte Tradition des „das ist aber komisch...“

Halten wir an dieser Tradition bei der Grundlagenforschung, die gleichzeitig Verantwortung, systematische aber gründliche Bedachtsamkeit, aber auch praktische technische Umsetzung beinhaltet, fest. Längerfristig dürften wir damit mehr Erfolge haben, als mit einer kurzfristigen Output-Strategie.

Wir – Sie in der Praxis und ich in der Politik - müssen uns jedoch bewusst sein, dass wir uns sputen sollten, wollen wir im globalen Konkurrenzkampf der Wissenschaft und Technik und damit letztlich aber auch im wirtschaftlichen Wettkampf mithalten können. Mit andere Worten: das eine tun, das andere nicht lassen, unsere Forschungskultur bewahren, den Output steigern, die Qualität fördern und die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung stellen.

Sie, sehr verehrte Universitätsabsolventinnen und -Absolventen, Sie sind die Qualität, echte Schweizer Qualität. Mit einer sehr guten Ausbildung und hervorragenden persönlichen Leistungen sind Sie nun bereit, Ihre Talente in den Dienst der Forschung, in den Dienst der Theorie und der Praxis zu stellen. Vergessen Sie dabei nie, dass Forschung und Wissenschaft etwas Schönes sind, dass sie den Kern des Suchens und Fragens in sich tragen, dass sie letztendlich Teil unseres kulturellen Erbes sind. Vergessen Sie nie, dass auch Sie selbst Verantwortung tragen für die Nutzen bringende, praktische Umsetzung moderner Technologien, Verantwortung für den Werkplatz Schweiz und damit für das Wohlergehen einer ganzen Gesellschaft. Ja, liebe Bachelors of Science, Sie tragen viel Verantwortung.

Aber auch wir in der Politik sind gefordert. Wir sind diejenigen, die neben Unternehmen der Privatwissenschaft, die notwendigen Gelder für Forschung, Bildung und Innovation bereitzustellen haben. Es ist ein Politikfeld, welches momentan grosse politische Aktualität hat.

Auf Bundesebene ist das grosse Feilschen ausgebrochen. Alle, wo immer politisch angesiedelt, sind sich zwar darin einig, dass die Entwicklung des Forschungs- und Bildungsstandortes Schweiz eine zentrale Frage ist. Geht es jedoch um die realen finanziellen Mittel, so zeigen sich deutliche Unterschiede in der zunehmend hitzigen Diskussion. Konkret hat sich dieser, ja, sagen wir mal, Basar, an der Finanzierung des Rahmenkredits für die so genannte BFI-Botschaft entzündet – ausgedeutcht sind dies die Bundesgelder für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation für den Zeitraum 2008 bis 2011. Noch hat das Parlament darüber nicht entschieden, aber es hat an der Session in Flims Weichen gestellt, und die Auseinandersetzung ist bereits voll entbrannt.

Unter ständigem Spardruck stehend, hat unsere Landesregierung zwar die Bedeutung dieses Bereichs immer unterstrichen, gleichzeitig die Ausgabensteigerung aber auf gut 4% jährlich beschränkt, ursprünglich waren sogar bloss 3,5% vorgesehen. Tatsache ist, dass von 1980 bis 2006 nur 7,7% der Bundesaussgaben in Bildung, Forschung und Innovation flossen, deutlich weniger als in die Landesverteidigung oder in die Landwirtschaft. Zwar hatte die Politik im Herbst 2003, noch vor den letzten Wahlen, den Nachholbedarf erkannt und mehr Mittel bereitgestellt. Mit den Sparprogrammen 2003 und 2004 und diversen Kreditsperren wurden diese Mittel aber bereits wieder gekürzt. Dem Bildungs- und Forschungsbereich sind in den letzten Jahren 1,3 Milliarden Franken entzogen worden. Auch die gesetzlichen Vorgaben in der Berufsbildung und im Fachhochschulbereich sollen, wenn es nach dem Bundesrat geht, abgebaut werden, noch bevor sie erfüllt sind. Es ist eine Tatsache, dass bei Forschung und Bildung Versäumnisse nicht innert ein, zwei Jahren aufgeholt werden können. In Wissenschaft und Forschung, meine Damen und Herren, ist der return on invest zwar gross, aber langsam.

Die Folgen dieser Politik sind absehbar. Würde die Wachstumsrate tatsächlich bei 4% eingefroren, so hätten wir ein sehr ernstes Problem, gerade wir hier in der Nordwestschweiz, die traditionellerweise eng mit der Forschung und Technologieunternehmen verbunden ist. Gesetzliche Vorgaben im Berufsbildungs- und Hochschulbereich könnten kaum eingehalten werden, die internationale Konkurrenzfähigkeit wäre gefährdet, eine Trendumkehr im problematischen Betreuungsverhältnis an den Universitäten – Sie kennen das aus eigener Erfahrung – bliebe unmöglich. Grundlagenforschung und die Ausschöpfung des Innovationspotentials wären in Frage gestellt. Ohne schwarz malen zu wollen: Für mich, für Sie, für die Universität Basel, für die Nordwestschweiz, für unser ganzes Land wäre eine international bescheidene Steigerungsquote ein GAU.

Wie bereits erwähnt hat die Politik reagiert. An der Herbstsession, behandelte der Nationalrat eine ganze Reihe von Vorstössen, die den Bundesrat auf andere Steigerungsrate verpflichten wollten. Es wurde, eben wie im Basar, geboten: Gut 4% vom Bundesrat, 6% von der CVP, 8% von der FDP und 10% von der

SP und den Grünen. Ich kann Ihnen aus hautnaher Erfahrung versichern, dass es eine intensive Debatte war, bei der zwar alle die Bedeutung der Forschung und Bildung unterstrichen, aber eben den finanziellen Bedarf jeweils unterschiedlich einschätzten. Nun gut, politisch mehrheitsfähig war im Nationalrat letztendlich eine Erhöhung um 8%, immerhin deutlich mehr als der Bundesrat ursprünglich vorgesehen hatte. Die entsprechenden Postulate wurden überwiesen, damit hat der Bundesrat den Auftrag erhalten, diese Steigerungsquote ernsthaft zu prüfen.

Inzwischen, Sie sehen die Mühlen der Politik mahlen nicht immer langsam, hat der Bundesrat bereits reagiert. Am 25. Oktober hat er seinen Finanzplan nach oben korrigiert und geht nun von 6% Steigerung aus. Das Ziel ist damit sicher nicht erreicht, die Regierung hat aber eine gewisse Flexibilität signalisiert. Persönlich gehe ich nach wie vor davon aus, dass eine Steigerung im Bereich von 8% letztlich politisch mehrheitsfähig sein kann, dies aber nur dann, wenn sich die interessierten Kreise – also auch Sie – auf allen Ebenen für die Zukunft von Forschung und Bildung stark machen. Gegenwärtig warten wir alle gespannt auf die definitive Botschaft des Bundesrates, die anschliessend im Parlament beraten wird. Die abschliessende und wichtige Entscheidung über die Zukunft der Forschung und Bildung in unserem Land dürfte dann im Sommer oder Herbst des nächsten Jahres fallen.

Ja, liebe Bachelors of Science, Sie sehen, wir alle stehen in der Verantwortung, wir Politiker, aber auch Sie als Forscherinnen und Forscher, als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und als Bürgerinnen und Bürger. An uns allen ist es, uns einzusetzen für Forschung, Bildung und Wissenschaft, auf dass es noch häufig tönen wird „...das ist aber komisch“.

Basel, den 18. November 2006

Claude Janiak
Nationalratspräsident